# Zukunft Sozial

## Eine andere Politik wird möglich

Kempten • Allgäu | Freitag, 19. November 2004 | 1. Jahrgang • Nr. 1

## Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV

### 50.000 Menschen demonstrierten in Berlin

Am 2. Oktober 2004 waren über 50.000 Menschen aus ganz Deutschland dem Aufruf "Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV - Wir haben Alternativen!" gefolgt und in Berlin zur bundesweiten Großdemonstration zusammengekommen. Zu diesem breiten Bündnis für soziale Gerechtigkeit gehörten Mitglieder der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** (WASG), von attac, ver.di, IG Metall, IG BAU, GEW, PDS und vieler kleiner Gruppierungen aus dem politisch linken Spektrum. Montagsdemonstrationen, Sozialforen und Arbeitsloseninitiativen vieler Städte waren auch dabei. (*Seite 2*)

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit Allgäu

www.wahlalternative-asg-allgaeu.de


**• Allgäu aktuell**

Gesundheitsfürsorge ist Gemeingut S. 6

»Kaspertheater« in den Kliniken Oberallgäu S. 7

Leserbrief S. 8

**• Buchvorstellung**

Die Reformlüge S. 9

**• Mythen und Legenden**

Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig? S. 11

**• Unser Verein**

Wir stellen uns vor S. 12


## Mythen und Legenden in Wirtschaft und Politik

Seien Sie doch mal ehrlich! Was denken Sie, wenn Sie heute die Zeitung lesen oder Nachrichten hören? Es wird so einhellig von fast allen Politikern, Wirtschaftsweisen, Bankern und Unternehmen wiederholt, dass es um den Wirtschaftsstandort Deutschland schlecht steht, dass wir unseren Gürtel enger schnallen müssen. Was hören wir tagtäglich? Deutschland ist nicht mehr wettbewerbs- und konkurrenzfähig. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten. Wir leben über unsere Verhältnisse. Wir werden immer älter, der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Die Lohnnebenkosten sind zu hoch. Der Arbeitsmarkt muss flexibler und der Kündigungsschutz gelockert oder besser gleich ganz abgeschafft werden. Nur das schafft Arbeitsplätze in Deutschland. Dies sind nur einige Beispiele. (*Seite 10*)

## Warum Großkonzerne keine Steuern mehr zahlen

Grosse Ernüchterung und ungläubiges Staunen machte sich bei den Teilnehmern des DGB – Perspektivenkongresses »Bayern gestalten« am 15. und 16. Oktober in München breit. Was ihnen die Experten zur Steuer-, Sozial-, Arbeits- und Bildungspolitik an Fakten und Wahrheiten präsentierten, klang für die von Massenmedien berieselten Gewerkschafter doch sehr ungewöhnlich. (*Seite 5*)

# Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV

## 50.000 Menschen demonstrierten in Berlin

(*Fortsetzung von Seite 1*)
Nicht nur die Ablehnung von Hartz IV und Agenda 2010 sowie des Sozialabbaus wurde zum Ausdruck gebracht, sondern es wurden auch die realisierbaren sozialen Alternativen aufgezeigt. Gefordert wurden: "Wiedereinführung der Vermögenssteuer", "Keine Senkung des Spitzensteuersatzes", "Verringerung der Wochenarbeitszeit", "Senkung des Renteneintrittsalters". Angeprangert wurde, daß die Großkonzerne immer weniger oder gar keine Steuern mehr zahlen, während die steuerlichen Belastungen der kleinen Leute immer weiter ansteigen. Außerdem wurde deutlich gemacht, daß die politischen "Konzepte" der CDU, CSU und FDP gleichermaßen asozial sind wie die von SPD und GRÜNEN.

Die Veranstaltung begann auf dem Berliner Alexanderplatz um 12 Uhr mit einem kulturellen Rahmenprogramm, die Auftaktkundgebung folgte gegen 13 Uhr. Danach zogen die Demonstranten auf der Route *Alexanderplatz - Karl-Liebknecht-Str.- Torstr.- Friedrichstr. - Unter den Linden - Karl-Liebknecht-Str. - Alexanderplatz* durch Berlin. Der Demonstrationszug bestand größtenteils aus Blöcken. Vorne weg wurde jeweils ein breites Transparent getragen, gefolgt von einem Lautsprecherwagen. Anschließend marschierten die Mitglieder der jeweiligen Gruppe mit Plakaten, Transparenten und Fahnen. Skandiert wurde unter anderem "Schröder, Stoiber, Merkel, asoziale Ferkel", "Clement in die Produktion, für einen Euro Hungerlohn" und vieles mehr. Ab 16 Uhr gab es auf dem Alexanderplatz eine Abschlußkundgebung. Besonders gut kam eine bissigen Schröder-Satire an.

Viele Mitglieder und Regionalgruppen der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** (WASG) unterstützten diese Demonstration von Anfang an. Der Bundesvorstand verlegte seine Sitzung nach Berlin, um die Wichtigkeit dieser Demonstration zu unterstreichen. Aus allen Ecken Deutschlands kamen mehrere hundert Mitglieder auf der Demonstration zusammen. Die WASG nahm erstmals an einer bundesweiten Großdemonstration teil. Dadurch wurde für eine breite Öffentlichkeit erkennbar, daß die WASG eine deutschlandweite politische Organisation und Teil der sozialen Bürgerbewegung ist.

Lokale Gewerkschaftsgliederungen und viele Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich an der Demonstration. Vor allem Mitglieder von ver.di und IG Metall, aber auch von IG BAU und GEW waren mit dabei. Noch hielten sie die Fahnen der Gewerkschaften hoch. Aber sehr viele Gewerkschaftsmitglieder sind inzwischen extrem verärgert und äußerst enttäuscht über die obersten Gewerkschaftsfunktionäre. Denn diese bleiben stumm und beziehen keine klare Position für die Protestbewegung gegen den sozialen Kahlschlag. Sie riefen nicht zur Teilnahme an der Demonstration auf. Sie ließen ihre Basis im Stich. Wann wachen die Gewerkschaftsbosse auf? Wohl erst, wenn ihnen die meisten Mitglieder davongelaufen sind.

In Berlin ist die Arbeitslosigkeit mit 17,4 % deutlich höher als in Bayern mit 6,5 %. Die Arbeitslosen sind dort keine stille Randgruppe, die man ohne Probleme und ohne schlechtes Gewissen übersehen kann. Das Problem Arbeitslosigkeit ist dort wesentlich stärker im öffentlichen Bewußtsein. Das Vorurteil, daß die Arbeitslosen doch alle nur faul sind und den Sozialstaat mißbrauchen, findet man daher in Berlin nicht so oft wie hier im Allgäu.

Die Anzahl der Teilnehmer wird offiziell mit 45.000 beziffert. Ausgehend von der Demonstration am 03. April 2004 in Stuttgart mit 140.000 Demonstranten lag die Teilnehmerzahl in Berlin eher bei 55.000 Menschen. Es war ein großer Erfolg, daß so viele Menschen aus ganz Deutschland nach Berlin kamen, zumal es ja eine reine Basismobilisierung war, die Unterstützung der Gewerkschaftsapparate fehlte, die Medien schwiegen die Demonstration im Vorfeld fast völlig tot. In den meisten Medien, sofern sie überhaupt darüber berichteten, wurde das nun so hingestellt, als seiem die rund 50.000 Teilnehmer ein Mißerfolg, denn die Organisatoren hätten 100.000 Menschen erwartet. Es wird auch hier wieder versucht, die Protestbewegung klein zu reden und weg zu reden. Die WASG wird ja in den großen Massenmedien derzeit auch totgeschwiegen.

Unter dem Motto "Weg mit Hartz IV - das Volk sind wir" fand am 3. Oktober 2004 eine weitere Großdemonstration statt, die von anderen Gruppierungen der Montagsdemos organisiert worden war. Auch hier waren es wesentlich mehr als die in den Medien genannten Teilnehmer, nämlich rund 20.000.

Unter den Teilnehmern beider Demos war keinerlei Resignation zu spüren. Ganz im Gegenteil, alle waren fest entschlossen den Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag fortzuführen und die Alternativen für soziale Gerechtigkeit aufzuzeigen, auch gegen die Macht des Geldes und die Ignoranz der Massenmedien. Die Montagsdemonstrationen in den Regionen gehen weiter, überregionale Großdemonstrationen werden wieder stattfinden und neue Protestformen wird man zusätzlich anwenden.

Die nächste bundesweite Großdemonstration "Gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig!" fand am Samstag, den 6. November 2004 in Nürnberg statt. Auch hier war die ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** wieder dabei. Wir werden in unserer nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.

Die deutschlandweite Protestbewegung muß und wird mit Beteiligung der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Grechtigkeit*** fortgesetzt werden.

FABIO DELLE VEDOVE

# Noch klein, aber schon überall dabei

## Wir und noch 49998 Menschen waren beim Demonstrieren in Berlin

Die Regionalgruppe Allgäu der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** (WASG) ist zwar noch nicht sehr groß, aber wir sind schon so schlagkräftig, daß wir am 2. Oktober 2004 gleich auf zwei Veranstaltungen präsent waren. An einem Infostand in Füssen informierten wir über unsere regionalen Aktivitäten und warben für unsere realistischen sozialen Alternativen zur Politik des sozialen Kahlschlages. In Berlin nahmen wir an der bundesweiten Demonstration »Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV - Wir haben Alternativen!« teil.

Infostand der WASG-Regionalgruppe Allgäu in Füssen.

Die WASG-Regionalgruppe Allgäu auf der Demo in Berlin.

Wir konnten uns der Münchner Regionalgruppe anschließen, die einen Bus nach Berlin organisiert hatte. Die Abfahrt erfolgte gegen 5:30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus in München. Die Fahrt verlief angenehm und ruhig. Unterwegs hatte es zeitweise heftig geregnet, in Berlin schien wieder die Sonne. Unser Ziel erreichten wir gegen 13:30 Uhr. Erfreulicherweise befand sich unser Parkplatz nur wenige Gehminuten vom Alexanderplatz entfernt. Die Auftaktkundgebung hatte ja schon um 13 Uhr begonnen. Die Münchner Reisegruppe verschwand in der riesigen Menschenmasse.

Wir beiden Allgäuer stellten uns zunächst am Rand der Demonstration auf. Da unser Demotransparent so groß geworden war, daß drei Leute zum Tragen nötig waren, hatte Joachim Verstärkung aus Berlin für uns organisiert, und auf die warteten wir jetzt. Zunächst half uns ein Münchner Kollege beim Halten. Schon nach wenigen Minuten tauchte ein WASG-Mitglied aus Rostock auf und verteilte Flugblätter. Die Freude war groß, Gleichgesinnte vom jeweils anderen Ende Deutschlands zu treffen. Von ihm erfuhren wir, wo sich der WASG-Block befand.

Die Zeit wurde uns dadurch verkürzt, daß unser Demotransparent von einem sehr freundlichen Japaner fotografiert wurde. Wir fühlten uns sehr geehrt. Da fragte mich ein jüngerer Deutscher, ob ich zu einem Interview für eine japanische Zeitung bereit wäre, er würde übersetzen. Ich willigte natürlich sofort ein.

**Zeitung**: *Sie bringen auf Ihrem Demotransparent zum Ausdruck, daß sie mit allen etablierten Parteien nicht mehr zufrieden sind. Was gefällt Ihnen denn and der Politik der SPD nicht mehr?*
**Fabio**: Die SPD ist keine soziale Partei mehr. Sie vertritt nicht mehr die Interessen von uns kleinen Leute.
**Zeitung**: *Können Sie Beispiele nennen, wo sie mit der Politik der SPD unzufrieden sind?*
**Fabio**: Zunächst einmal lehnen wir Hartz IV völlig ab. Soll ich Hartz IV näher erläutern?
**Zeitung**: *Nein, das ist nicht nötig.*
**Fabio**: Einige weitere Punkte sind die folgenden. Diese Jahr wurden die Renten im Juli nicht erhöht. Seit April 2004 müssen die Bezieher von Zusatzrenten und Betriebsrenten, den vollen Krankenversicherungsbeitrag zahlen, nicht mehr den halben wie vorher. Dies entspricht einer Rentenkürzung von 7,5 %. Außerdem wird bei allen Renten seit April 2004 der volle Pflegeversicherungsbeitrag abgezogen, was einer Rentenkürzung um 0,85 % entspricht. Im Gesundheitswesen lehnen wir beispielsweise die Praxisgebühr ab. Der Sozialabbau ist nicht nötig, wenn der Staat das Geld von denen holt, die viel davon haben. Daher fordere ich eine Vermögensteuer von 1 % auf Geldvermögen ab 1 Million Euro. Dies brächte dem Staat jährliche Einnahmen von mindesten 29 Milliarden Euro.
**Zeitung**: *Planen sie eine neue Partei zu gründen? Was sind ihre Ziele?*
**Fabio**: Ja, wir bereiten die Gründung einer Partei zum Jahreswechsel 2004/2005 vor und wollen 2006 an der Bundestagswahl teilnehmen und in den Bundestag einziehen.
**Zeitung:** *Sie sind sie heute nach Berlin gekommen?*
**Fabio**: Ja, wir sind heute gegen 5:30 Uhr aus München abgefahren, und um 13:30 Uhr in Berlin angekommen
**Zeitung:** *Wie alt sind sie? Wie heißen*

*sie?*
**Fabio**: Ich bin 35 Jahre alt und heiße Fabio Delle Vedove
**Zeitung:** *Vielen Dank für das Gespräch.*
**Fabio:** Ich bedanke mich ebenfalls. Auf Wiedersehen.

Leider hatte ich vergessen zu fragen, wie die japanische Zeitung heißt. Das ist eben Anfängerpech. Die Demonstration hatte sich inzwischen schon in Bewegung gesetzt. Gerade rechtzeitig kam Christian, unsere Berliner Verstärkung. So konnten wir unseren Kollegen aus München, der schon etwas ungeduldig geworden war, wieder entlassen.

Wir reihten uns in den Demonstrationszug ein und arbeiteten uns langsam zum WASG-Block vor. Dort wurden wir freudig begrüßt. Nun ging es in einem mehrstündigen Demomarathon durch Berlin. Von mehreren Lautsprecherwagen aus wurden wir immer wieder zu Sprechchören angefeuert. Zahllose Flugblätter und Informationschriften wurden verteilt, Buttons und Brezen wurden verkauft. Gelegentliche heftige Windböen forderten unsere ganze Kraft beim Halten des Transparents. Etwas mulmig wurde es uns immer unter den Straßenbahnoberleitungen - aber wir haben es überlebt. Nach und nach zog sich der Demonstrationszug immer mehr in die Länge und Breite.

Besonders hat mich gefreut WASG-Mitglieder aus anderen Regionen zu treffen und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Dabei erfuhr ich von den großen Problemen mit sechs Querulanten in der Regionalgruppe Berlin, und von Leuten im Allgäu, die gerne bei uns mitmachen würden, aber noch gar nicht wußten, daß es uns im Allgäu schon gibt. Hier schließt sich dann der Kreis zu unseren Infoständen im Allgäu.

Gegen 16 Uhr erreichten wir wieder den Alexanderplatz, wo noch die Abschlußveranstaltungen stattfanden - unter anderem eine bitterböse Gerhard-Schröder-Parodie. Wir machten noch einige Erinnerungfotos und brachten danach unsere Demoausrüstung zum Bus zurück. Den Abend verbrachten wir in einer gemütlichen Berliner Kneippe.

Zurück nach München ging es wieder um 22 Uhr, unser Busfahrer Norbert mußte seine 8 Stunden Ruhezeit einhalten. In München angekommen sind wir hundemüde gegen 6:30 Uhr. Ein ganz großes Dankeschön gebührt unserem Kollegen Norbert, der kostenlos den Bus für uns fuhr, und Christian, unserer Berliner Verstärkung.

Einige Tage später machte ein Freund von mir eine japanische Internetrecherche, und fand tatsächlich die Zeitung, die mich interviewt hatte. Es war die "Shinbun AKAHATA" (dt. Zeitung Rote Fahne), die Zeitung der Kommunistischen Partei Japans mit einer Auflage von 350.000. In der Online-Ausgabe vom 4.10.2004 erschien ein Artikel über die Demonstration in Berlin. Im folgenden die auszugsweise Übersetzung des Artikels:

*Fabio Pellebedore (35), der aus Bayern mit einem Reisebus um 5 Uhr morgens abgereist ist, sagt: "Wir unterstützen die Sozialdemokraten nicht mehr. Durch die Pensionseinfrierung oder die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags, usw. haben nur die Kosten der normalen Bürger zugenommen. Ich freue mich auf die neue Partei, die aus der Sozialdemokratischen Partei geteilt wird." Herr Heinz Jörg Feuerschutz, der in Stendal im Bundesland Sachsen-Anhalt jeden Montag bei Demonstrationen mitmacht, sagt entschlossen: "Die ,,Reformen der Schröder-Regierung sind für die Arbeitslosen ungerecht. Ich beteilige mich weiter bei den Montagsdemonstrationen."*

Viel ist von dem Interview nicht mehr übriggeblieben. Aber immerhin wurde in Japan über uns berichtet.

Bei der nächsten Großdemonstration am 6.11.2004 in Nürnberg waren wir Allgäuer natürlich auch wieder dabei, diesmal in größerer Zahl und zusammen mit den anderen Aktivistinnen und Aktivisten von den Kemptener Montagsprotesten.

FABIO DELLE VEDOVE

## Gerechte Verteilung

Schröder (Neujahrsansprache): "Wir bemühen uns, die Lasten heute gerecht zu verteilen, damit wir in Deutschland auch morgen noch gerecht verteilen können."

Quelle: isw Grafikdienst Nr. 10. Demontage des Sozialstaats I. Agenda 2010 abgehackt, aber nur ein Zwischenschritt....

# Warum Großkonzerne keine Steuern mehr zahlen

## Mitglieder der WASG Allgäu beim Perspektivkongress des DGB Bayern

(*Fortsetzung von Seite 1*)

Auch die beiden Mitglieder der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** (WAsG) – Regionalgruppe Allgäu konnten kaum glauben was sie zu hören bekamen. Schon beim Auftakt klärte der DGB–Vorsitzende Fritz Schösser darüber auf, wer hinter der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« steckt. Mehrere Global Player wie Bertelsmann u.a., sowie die Verbände BDI und BDA haben bisher 150 Millionen Euro in diese Kampagne gesteckt. Diese hat zum Ziel, die immer gleichen Ideologien von leeren Kassen und vom zusammenbrechenden Sozialstaat solange in den Medien zu wiederholen, bis auch der Letzte glaubt, dass der Sozialabbau á la AGENDA 2010 unausweichlich und notwendig ist. Auch der selbst ernannte Haushaltsexperte Oswald Metzger von den Grünen wird von der Initiative für seine »Erkenntnisse« bezahlt.

Diese Erkenntnisse und Behauptungen sind aber nur Ideologien und keine Logik, wie Dr. Heiner Flassbeck von der UNCTAD in Genf erklärte. So sind zum Beispiel die Reallöhne in den letzten 20 Jahren um 20 % hinter der Produktivität zurückgeblieben und gemessen an der Produktivität hinter der Höhe der Reallöhne der 50-er Jahre.

So ist auch die Privatisierung keine Antwort auf die öffentliche Beschäftigungspolitik, welche immer weiter zu Gunsten international agierender Konzerne abgebaut wird, stellte Dr. Thomas Hinz vom Institut für Sozialökonomie der LMU München fest.

Auch in Sachen Bildungspolitik konnte Prof. Dr. Guido Pollak von der Universität Passau nachweisen, dass das Deutsche Bildungssystem die sozialen Unterschiede sogar noch verstärkt anstatt sie auszugleichen.

Nach dem Auftakt ging es in 6 verschiedenen Arbeitsgruppen darum, Alternativen zur derzeitigen Politik zu formulieren und zu diskutieren.

In der Arbeitsgruppe »Privater Reichtum – öffentliche Armut. Wo bleibt der aktive Staat«, an der der Autor dieses Artikels teilnahm, ging es um die recht seltsame Steuerpolitik der etablierten Parteien.

So zahlten 1980 Unternehmer und Arbeitnehmer jeweils rund 33 % Steuern. Im Jahre 2003 zahlten die Arbeitnehmer ca. 36 % Steuern und die Untenehmen nur noch 16 % Steuern. Somit wurde die Belastung des Faktors Arbeit gegenüber der Belastung des Kapitals mehr als verdoppelt - im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern in Europa. Hier wurde die effektive Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöht, sowie die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitert.

Zudem gibt es in vielen anderen EU-Ländern, der Schweiz und den USA erheblich höhere Steuern auf Vermögensbestände. Diese Steuer wird in der Deutschen Öffentlichkeit mit der Einführung des Kommunismus verglichen. Auch das Märchen des »Hochsteuerlandes Deutschland« wurde entlarvt. So ist zwar der nominale Steuersatz auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit mit 38% über dem EU-Durchschnitt von 28 – 32 %. Effektiv werden aber nur 21% gezahlt. Somit hat Deutschland nach Griechenland die niedrigste tatsächliche Steuerbelastung auf Kapital bei den EU-15-Staaten. Als Beispiele wurden BMW, DaimlerChrysler und die Deutsche Telekom genannt. So zahlt BMW gar keine Steuern, DaimlerChrysler vielleicht 5 %. Und die Deutsche Telekom weist trotz eines Gewinns von 3 Milliarden Euro in 2003 immerhin 20 Milliarden Euro Verlustvortrag bei den Finanzbehörden aus. Man kann sagen, dass Deutschland für Konzerne ein regelrechtes Steuerparadies ist.

Trotzdem will die Union mit der FDP die nominalen Steuersätze für Unternehmen ohne Kürzung der Abschreibungsmöglichkeiten noch weiter senken. Dann würde auch DaimlerChrysler wahrscheinlich gar keine Steuern mehr zahlen, oder sogar noch welche ausbezahlt bekommen.

Als mögliche Alternative zur heutigen Gewerbesteuersteuer wurde eine Produktions-Wertschöpfungsabgabe diskutiert. Sie könnte in Höhe von 25 % auf die gesamte Wertschöpfung, d.h. nicht nur auf den Erlös, sondern auch auf Gehälter und Schuldzinsen erhoben werden. Den Sozialkassen würden 2/3 dieser Wertschöpfungsabgabe zufließen, den Kommunen 1/3. Hierdurch könnte den finanziell ausgebluteten Kommunen geholfen werden, damit sie wieder investieren können. Dies wiederum würde die Binnennachfrage erhöhen und die Konjunktur in Deutschland beleben.

Übrigens ist ein Abzug der Konzerne aus Deutschland nicht zu erwarten, weil der Abgabensatz von 25 % mit Österreich der günstigste in den EU-15-Staaten wäre. Ausserdem gäbe es eine klare Berechnungsgrundlage. Damit könnten sich die Konzerne die ganzen "Steuervermeidungsexperten" sparen. Diese kosten schließlich auch ziemlich viel Geld.

Dies war nur der Anfang der Diskussion. In den nächsten Monaten werden hier Alternativen entwickelt, damit sich alle wieder an den Kosten und Bedürfnissen der Allgemeinheit beteiligen.

Die ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** wird sich daran beteiligen, damit es wieder gerecht zugeht in diesem Land!

THOMAS JAUD

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

**www.wahlalternative-asg.de**

# Gesundheitsfürsorge ist Gemeingut

## Privatisierung öffentlicher Güter bedeutet Umverteilung von unten nach oben

Grundlage der sozialen Marktwirtschaft ist, dass die Güter, die zur existenziellen Daseinsvorsorge notwendig sind, im Eigentum der Gemeinschaft der Bürger sein sollen. Es gab und gibt einen Konsens, dass denjenigen unter uns, die benachteiligt sind, geholfen wird (Solidarität), soweit sie sich nicht selbst helfen können (Subsidiarität).Unter den Wirtschaftswissenschaftlern gibt es den weiteren Konsens, dass bei manchen öffentlichen Gütern der Daseinsvorsorge – z.B. Gesundheit - der Markt versagt. Hier spricht man von einem natürlichen Monopol. Deshalb wurde die gesundheitliche Grundversorgung so organisiert, dass die Gemeinschaft aus Steuermitteln eine Grundversorgung garantiert, vorhält und aufrechterhält. Es ist ein Verfassungsgrundsatz, dass die Versorgung von staatlicher Seite aufrecht zu erhalten ist!

Die Annahme „privat ist effizient“ liegt allen Gutachten zur Privatisierung pauschal zugrunde, ohne bewiesen und zutreffend zu sein. Sie beruht auf einem fatalen Irrtum. Alle Krankenhauskonzerne haben eine mehr oder weniger ausgeformte vertikale und horizontale Wertschöpfungskette. Sie übernehmen natürliche Monopole, meist ein Paket von Kliniken einer Stadt oder eines Kreises. Das bedeutet für sich gesehen bereits, dass sie in dem Versorgungsgebiet keiner Markt-Konkurrenz unterliegen. Auch der Aufbau der Wertschöpfungsketten dient letztendlich dazu, die Konkurrenz auszuschließen. Der Preismechanismus kann gar nicht wirken, die Überführung von öffentlichem in privates Eigentum kann alleine deswegen kein effizienteres Wirtschaften sichern. Markt würde bedeuten, dass das Risiko beim Unternehmer liegt und der Preis im Wettbewerb zustande kommt.

Wer Krankenhäuser privatisiert, gibt vor, effizientere Strukturen der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen im Bereich Gesundheit zu schaffen. Dies ist im Einzelfall zu prüfen, aus dem wirtschaftlichen Zusammenhang heraus und unter Beachtung der mittel- und langfristigen Wirkungen. Aus ordnungspolitischer Sicht gilt bis zum Beweis das Gegenteil: Wird das Angebot des öffentlichen Gutes Gesundheit privaten Unternehmen übertragen, heißt das nicht automatisch, dass sie effizienter wirtschaften. Auf dem sog. Gesundheitsmarkt gibt es wesentliche Voraussetzungen für die vollkommene Konkurrenz nicht und ein Kranker ist kein *homo oeconomicus*. Dies sind aber beides Voraussetzungen von denen die neoliberale Theorie ausgeht.

Es ist keine Frage, wir brauchen eine Reform unseres Krankenhauswesens, aber die Privatisierung, wie sie derzeit noch propagiert wird, ist nicht die einzige Alternative und nicht die effizienteste. Der bessere Weg sind Reformen, die die Solidargemeinschaft und den Steuerzahler aktiv einbeziehen. Und dabei sind wir in Kaufbeuren und dem Ostallgäu eigentlich auf einem gutem Weg:

- Es wird die Krankenhauslandschaft der gesamten Region zu untersuchen. Das entsprechende Gutachten soll im November vorliegen und muss dann sicher noch ausführlich diskutiert werden im Sinne der optimalen Versorgung der Bevölkerung in Stadt und Land.
- Alle Beschäftigte der Krankenhäuser arbeiten motiviert und engagiert an Effizienzsteigerungen und Verbesserungsprozessen. Heute schon wurde der Beweis angetreten, dass private Betreiber z.B. in der Pflege keine günstigeren Kostensätze haben.
- Und auch die „Halbierung des Klinikum-Defizits“ beweist, dass bei Einsatz eines fähigen Managements das Klinikum in öffentlicher Hand mit gleicher Effizienz weiter geführt werden kann, wie dies ein privater Investor verspricht
- Die organisatorischen Wettbewerbsvorteile eines privaten Investors müssen auch nicht bestehen bleiben. Einem kommunal geführten Krankenhaus stehen diesbezüglich auch alle Gesellschaftsformen wie z.B. GmbH oder AG offen, um damit die oft widersprüchlichen Vorgaben und schädliche Einflussnahme der Politik auszuschließen.
- Ein solches öffentlich betriebenes Unternehmen mit einem (wohl teureren) fähigen Mangement, einem guten, Kunden orientieren Konzept und den richtigen flexiblen Strukturen hat damit bessere Wettbewerbsbedingungen. Denn es kann sich die Dividende sparen, die der private Klinikkonzern seinen Eigentümern (share holder) bezahlen muß. Diese gesparten ca. 10 % stehen dann für Mitarbeiter und Patienten zur Verfügung.

Als einziges Argument bleibt nur noch, dass ein privater Anbieter das Geld für die weiterhin notwendigen „massiven Investitionen“ mitbringt. Dem Vernehmen nach sind etablierte Krankenhausketten nach intensivem Studium der Kaufbeurer Situation aber abgesprungen, nicht zuletzt weil sie selbst einen Konsolidierungskurs fahren müssen, um den Abwärtstrend der Aktien seit dem Jahr 2000 zu brechen. In der deutschen Krankenhauslandschaft wird überdies von Rückabwicklungen erfolgter Privatisierungen gesprochen – und schon durchgeführt. Das sind sichere Zeichen, dass der Privatisierungsboom seinen Zenit bereits überschritten hat. Auch in der Bevölkerung hat eine Privatisierung keinen Rückhalt mehr. Dies zeigte das gleichzeitig zur Bürgerschaftswahl im Frühjahr diesen Jahres stattgefundene Bürgerbegehren in Hamburg, als die überwiegende Mehrheit (73%) den Verkauf der Krankenhäuser abgelehnt hat.

Überhaupt nicht diskutiert wird die Frage nach den Ursachen der öffentlichen Haushaltsmisere. Von unseren entscheidenden Politikern hört man zwar immer wieder, dass sie im Grunde

zur Zeit genau sehen, dass in unserem Wirtschaftssystem nicht alles zusammenpasst. Da sie diese Probleme im Moment nicht lösen könnten, konzentrierten sie sich pragmatisch auf Fortschritte im Rahmen der gegebenen Bedingungen. Das klingt so, wie wenn der Holzfäller, der keine Zeit hat, seine stumpfe Axt zu schärfen, lieber öfter auf den Baum einschlägt. Aber je später diese grundlegenden Probleme angegangen werden, desto enger wird der Spielraum selbst für pragmatische Politiker und desto abhängiger wird die Gesellschaft von privaten Geldgebern und einflussreichen Privatinteressen.

Die Gesundheitsfürsorge ist wie z.B. das Wasser aber Gemeingut. Wir müssen alles daran setzen, dass die Gesellschaft weiterhin uneingeschränkten Zugang zur Grundversorgung in diesen Bereichen hat. Interessant wird deshalb die Diskussion um das Kaufbeurer Klinikum, wenn das Gutachten zu den regionalen Kliniken vorliegt.

WOLFGANG HECKEL
Attac Kaufbeuren -Marktoberdorf

# »Kaspertheater« in den Kliniken Oberallgäu

## Die politisch Verantwortlichen schieben der Gewerkschaft den Schwarzen Peter zu

Vor einigen Jahren schlossen sich die kommunalen Kliniken Oberstaufen, Oberstdorf, Sonthofen und Immenstadt zur Klinik GmbH-Oberallgäu zusammen. Dieser Zusammenschluss wurde von den Arbeitnehmervertretern und von ÖTV und DAG mitgetragen, da ein Personalüberleitungsvertrag geschlossen wurde.

Im noch aktuellen Personalüberleitungsvertrag war festgeschrieben, dass die Klinik Oberallgäu gGmbH Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband wird und dass somit der Tarifvertrag – also der BAT - erhalten bleibt.

Diese Bindung – die aus Arbeitnehmersicht wesentliche Voraussetzung für die Klinikgründung war – ist den verantwortlichen Kommunalpolitiker nun lästig.

Das Ziel der Klinikgründung, nämlich schwarze Zahlen zu schreiben wurde nicht erreicht. Schlechte Verhandlungen mit den Krankenkassen (= Pflegesatz weit unter dem Schnitt), eine schlechte Struktur der Kliniken und Dienstleistungen, die in jeder Klinik vorbehalten wurden, verbunden mit einer Änderung der gesetzlichen Kranken-hausfinanzierung (Deckelung) ließen einen Schuldenberg anwachsen. Nun suchte der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Kaiser, Wege aus der Krise.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten die Zeche bezahlen. Das Heil wurde in einem Sanierungstarifvertrag gesucht, den die Gewerkschaft mit dem Klinikträger hätte abschließen sollen. Hier waren die Verantwortlichen innovativer als in der Vergangenheit. Zwischen 6 und 8 Millionen Euro sollten die ca. 500 Beschäftigten in 4 Jahren beitragen. Ob dann die Gehälter und Sozialleistungen wieder auf das alte Niveau gehoben worden wären, bliebt zumindest fraglich.

Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde ausgeübt durch die Androhung der Privatisierung, so nach dem Motto „Wenn ein privater Arbeitgeber kommt, senkt er die Gehälter, nimmt euch das Weihnachtsgeld und schmeißt euch raus.....“. Das hat natürlich Ängste geweckt. Vergessen hierbei wurde der § 613 a des BGB und das Tarifvertragsgesetz. Richtig ist, dass ein vermeintlicher Rechtsnachfolger, der nicht tarifgebunden ist, weiter den BAT anwenden MUSS. Auch nach einem Jahr wäre nicht Schluss mit der Tarifbindung, da nahezu alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Arbeitsvertrag eine individualrechtliche Tarifbindung vereinbart haben, die nicht einseitig geändert werden kann. Ist der private Rechtsnachfolger tarifgebunden kommt ein Tarifvertrag zur Anwendung. Ob dies der Tarifvertrag für die Privatkliniken oder ein anderer ist – der Unterschied zum BAT wird nicht groß sein. Warum die Arbeitgeber die Angst der Arbeitnehmer vor einen privaten Arbeitgeber schürten, bleibt dahingestellt.

Warum das neue strukturelle Sanierungskonzept nicht schon in der Vergangenheit umgesetzt wurde, bleibt fraglich. Warum ein privater Arbeitgeber plötzlich Gewinn machen soll, was dem Öffentlichen Arbeitgeber bisher nicht gelang, blieb ein Geheimnis. Mit welchem Motiv ein privater Arbeitgeber einen sanierungsbedürftigen Betrieb kaufen soll, ist mir bisher nicht plausibel gemacht worden.

Ver.di hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Nach vielen Gesprächen haben die Verantwortlichen entschieden, den Sanierungstarifvertrag nicht zu unterschreiben. In erster Linie waren dafür folgende Faktoren verantwortlich:

- Ein klares Sanierungskonzept war nicht erkennbar.
- Es wäre ein Flächenbrand entstanden, da viele Kliniken im Allgäu und viele Arbeitgeber in anderen Branchen ebenfalls mit mehr oder weniger guten Argumenten einen solchen Sanierungstarif gewünscht hätten.
- Gerade den Beschäftigten in der Krankenpflege – die sowieso zu Unzeiten arbeiten und vom Tarifvertrag her keinen unermesslichen Reichtum einstecken – wäre in den Geldbeutel gegriffen worden.
- Die in der Gewerkschaft übliche 75-prozentige Mehrheit für den neuen Tarifvertrag wurde bei weitem nicht erreicht – wobei selbstverständlich bloß ver.di-Mitglieder stimmberechtigt waren.

Fazit ist aber, dass es die kommunal Verantwortlichen aus dem Aufsichtsrat der Kliniken geschafft haben, einen Schuldigen zu finden: Die Gewerkschaft. Die groben Fehler der politisch Verantwortlichen der Vergangenheit wurden vergessen gemacht und der Schwarze Peter an die Gewerkschaft geschoben. Die Allgäuer Zeitung hat dies in einem hohen Maße mit unterstützt. Viele Leserbriefe von Betriebs- und Personalräten aus Allgäuer Kliniken – die Tausende von Arbeitnehmern vertreten – wurden nicht veröffentlicht.

Letztlich gilt in meinen Augen noch folgendes zu bedenken: Ob ein Altenheim oder eine Klinik unbedingt kostendeckend arbeiten muss, muss jeder für sich entscheiden. Ich bin der Meinung, dass eine Gesellschaft sich die Betreuung von Alten und Kranken etwas kosten lassen muss – auch in finanziell schwierigen Zeiten.

CHRISTIAN BETZ
verdi-Bezirksgeschäftsführer
im Allgäu.

# Leserbrief

Dieser Leserbrief wurde von der Allgäuer Zeitung nicht veröffentlicht

Sehr aufschlussreich war die einseitige Berichterstattung der Allgäuer Zeitung bezüglich der gescheiterten Verhandlungen zwischen Ver.di, Betriebsrat und den Kliniken Oberallgäu.

Wurde die Ursache für die finanzielle Situation der Kliniken verschuldet durch fehlende Vorausschau und Professionalität der Verantwortlichen? Wurde der Entwicklung in der Gesundheitspolitik zu wenig entgegengesetzt, nötige Veränderungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit verschlafen? Warum neidische Blicke zum Klinikum Kempten? Wurde dort bessere Arbeit geleistet? Viele offene Fragen.

Tatsache ist wohl, dass sich Politiker vor unpopulären Entscheidungen scheuen und andere nun das Kind aus dem Brunnen holen sollen. Ver.di hat übrigens wenig Einfluss bei Plänen eines Arbeitgebers, wenn Betriebsbereiche ausgelagert werden sollen. Diese Entscheidungen kann er aus wirtschaftlichen Gründen ohne die Gewerkschaft treffen. Beispiele dafür sind der Reinigungsdienst und die Wäscherei im Klinikum Kempten. Ob die Qualität der Leistung dann noch die selbe bleibt, sei dahingestellt.

Ver.di vertritt ihre Mitglieder, die einen rechtlichen Anspruch auf Einhaltung des Tarifvertrages haben. Wenn ein Arbeitgeber Nichtmitglieder am Tarifvertrag partizipieren läßt, die nur einen gesetzlichen, niedrigeren Anspruch auf Leistungen hätten, war das seine Entscheidung. Will er allerdings den geltenden Tarifvertrag ändern, müssen 75% der Mitglieder zustimmen, damit Ver.di in der Lage ist, Verhandlungen aufzunehmen. Fakt ist, dass lediglich 1/3 der Mitglieder für einen Sanierungstarifvertrag gestimmt haben. Soll dieses Ergebnis nun ignoriert werden? Soll geltendes Recht gebrochen werden? Sind zukünftig Tarifverträge bloße Makulatur? Ein Sparvorschlag an den Arbeitgeber: Der Tarifvertrag gilt für die Ver.di-Mitglieder weiter, Nichtmitglieder haben einen Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen. Lange Rede - kurzer Sinn: Mit den Ängsten Betroffener zu spielen ist unmoralisch. Tatsache ist, dass Fachkräfte im Gesundheitsdienst zukünftig mit rund 10% weniger Geld bezahlt werden sollen.

Verantwortliche wollen von ihrem Versagen ablenken, spannen andere vor den Karren, die möglicherweise in gutem Glauben an die moralische und politische Verantwortung versuchen, noch was zu retten. Der Betriebsrat der Kliniken Oberallgäu hat in einem Artikel an die Solidarität anderer appelliert und um Unterstützung für "Ihre Sache" gebeten. Aufgrund der Fakten und der Abläufe kann diesem Aufruf zur “Solidarität” aus meiner Sicht nur eine klare Absage erteilt werden.

ANDREA WEGSCHEIDER
Kempten

## Volksbegehren

# *Aus Liebe zum Wald*

***Eintragen im Rathaus***
***16. - 29. November***

### *Schöner Erholungswald statt Holzfabrik*

### *Lebendige Mischwälder statt Monokultur*

### *Wald für Generationen statt kurzfristiger Profit*

Bayerns Bürger lieben ihren Wald. Aber noch viel zu wenige wissen, dass sich in den nächsten Monaten die Zukunft unserer bayerischen Wälder entscheidet: Grünes Leben oder graue Stangenforste? Nur ein Volksbegehren kann Bayerns herrliche Wälder jetzt noch retten.

Die Bayerische Staatsregierung will Bayerns Staatswälder künftig in erster Linie nach Profit bewirtschaften. Folge: Die herrlich abwechslungsreichen Wälder unserer Heimat müssten eintönigen und maschinengerechten Holzäckern weichen.

Es liegt jetzt in der Hand von Bayerns Bürgern, was mit ihrem Wald geschieht. Nur ein Volksbegehren kann Bayerns Wälder vor den Folgen der Forstreform bewahren.

**Aktionsbüro des Volksbegehrens**
**»Aus Liebe zum Wald«**
Joseph-Schlecht-Straße 1b
85354 Freising
Tel.: 08161 / 49 45 - 38 oder - 81
Fax: 08161 / 49 45 - 87
Email: info@volksbegehren-wald.de
Internet: www.volksbegehren-wald.de

# Buchvorstellung

ALBRECHT MÜLLER

## Die Reformlüge

**40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren**

Verlag: Droemer • Seitenzahl: 240
Format: 14.0 x 21.5 cm • EUR (D) 19.90
ISBN: 3-426-27344-6
Erscheinungstermin: 24.08.2004

» • **Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig? Ein Lüge.**

- **Wir müssen sparen, damit es der Wirtschaft wieder besser geht? Ein Denkfehler.**
- **Wir werden immer älter, der Generationenvertrag trägt nicht mehr? Eine Legende.**
- **Wir leben über unsere Verhältnisse? Ein Mythos. «**

Als ehemaliger Wahlkampfberater von Willy Brandt weiß Albrecht Müller genau, wovon er spricht. Schonungslos deckt er auf, nach welchen immer gleichen Mustern parteiübergreifend Politik gemacht wird.

Seit Jahr und Tag zeichnen Politiker und Wirtschaftsexperten ein Schrekkensszenario: "Die Lohnnebenkosten sind zu hoch", "Wir leben über unsere Verhältnisse", "Der Generationenvertrag trägt nicht mehr". Alle sind sich einig: Es muss etwas geschehen. Doch was? Das Land taumelt von einer Reform zur nächsten. Aber es geht auch anders. Fundiert und faktenreich entlarvt der Nationalökonom Albrecht Müller die gängigen Klischees über den Zustand unseres Landes als eiskalte Lügen.

Das Ziel dieser Lügen: Die soziale Gerechtigkeit soll ausgehebelt werden. Den Nutzen haben einige wenige, die Zeche zahlen wir alle. Fast alles, was Schröder, Clement, Sinn, Rogowski, Bütikofer, Merz, Merkel u.a. täglich wie selbstverständlich behaupten, ist falsch. Ein Meinungskartell mit handfesten finanziellen und Machtinteressen im Hintergrund (Banken und Versicherungen) gefährdet Deutschland. Müller hat der politisch und gesellschaftlich vorherrschenden Angebotsökonomie der Neoliberalen den Kampf angesagt. Hier spricht ein Keynesianer, ein Verteidiger der Sozialdemokratie der 70er. Sein Ideal ist Schmidts "Modell Deutschland", das nicht nur den Sozialstaat beinhaltet, sondern auch den Stolz auf die eigenen Leistungen Deutschlands, der uns leider verloren gegangen ist.

Das "Schlechtreden" des eigenen Landes wirft er den Reformern ebenso vor, wie deren Maßnahmen selbst. Wer, so fragt Müller, investiert schon in einem Land, das sich selbst schlecht darstellt? Das Ausland reibt sich ungläubig die Augen, es kann nicht verstehen wo eigentlich unser Problem liegt. Dabei ist Deutschland derzeit das drittaktraktivste Investitionsland für Unternehmen weltweit. Davon haben Sie noch nie etwas in den üblichen Medien gehört? Dann überlegen Sie mal wieso!

Die Analyse der deutschen Medienöffentlichkeit und der ökonomischen Debatten hierzulande gehört zum stärksten Teil des Buches.

Den eigentlichen Sinn des Buches hat der Autor wirklich mit Bravour erfüllt: Alternativen zur heutigen Reformdebatte zu liefern. Ganz klar wird aufgezeigt, dass die heute praktizierte und publizierte Denkweise mitunter fehlerhaft aber NICHT alternativlos ist. Politik, Medien und Wirtschaft machen uns glauben, dass der gewählte Reformweg notwendig ist. Gestritten wird heute hauptsächlich über die Härte des Reformkurses, weniger über die Richtung.

Dieses Buch sollte jeder lesen, der sich nicht allein den derzeitigen Medien ausliefern und sich eine eigene Meinung bilden möchte, über die derzeitige neoliberale Politik unser Bundesregierung und der Opposition.

Oder wussten Sie:

»Wie Deutschlands Manager aus dem vollen schöpfen?

- 2002 verdiente ein Vorstandsmitglied der im DAX notierten Firmen im Schnitt 1,25 Millionen Euro jährlich. Das waren pro Kopf 90 000 Euro mehr als im Vorjahr.
- DaimlerChrysler zahlte im Schnitt 3,7 Millionen Euro und damit trotz einer Reihe von drastischen Managementfehlern 130 Prozent (!) mehr als im Vorjahr zuvor.
- Bei Siemens stieg die Vergütung der Vorstände im Geschäftsjahr 2002/2003 pro Kopf um 29 Prozent auf 2,2 Millionen Euro.
- Die Bezüge von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann stiegen von 6,9 Millionen 2002 auf rund 11 Millionen 2003.
- Die acht Vorstände der Deutschen Bank verdienen mehr als die 603 Bundestagsabgeordneten zusammen. «

Oder dass allein im Jahr 2003 das Vermögen der Deutschen um 200 Milliarden Euro!!! gestiegen ist?
Nur davon kommt immer weniger bei den Menschen an, die dieses Geld mit ihren Händen erwirtschaftet haben.

DOREEN SOMMER &
MICHAEL LAMPRECHT

# Mythen und Legenden in Wirtschaft und Politik

(*Fortsetzung von Seite 1*)
In jeder politischen Talkshow, in jeder Nachrichtensendung, in jeder Zeitung hören und lesen Sie weitere Hiobsbotschaften und Thesen, wie schlecht es Deutschland geht. Glauben Sie das auch schon, oder hinterfragen Sie noch? Denn das trauen sich die Wenigsten. Dabei ist es wichtiger denn je, sich nicht dem allgemeinen neoliberalen Mainstream und seiner Thesen hinzugeben. Kritisches Nachfragen ist unerlässlich für die eigene Meinungsbildung in einer Zeit, in der die allgemeinen Thesen und Darstellungen von führenden Politikern und Wirtschaftsbossen immer wieder nur einhellig von der Medienlandschaft wiederholt werden. Denn viele der gängigen, vermeintlichen Wahrheiten über die wirtschaftliche und politische Entwicklung in unserem Lande sind nichts anderes als Mythen und Legenden. Mythen und Legenden, die solange wiederholt werden, bis sie jeder von uns glaubt und als unabänderlich ansieht. Mythen und Legenden, die uns „Ja-sagen“ lassen sollen zu einer neoliberalen Politik der Umverteilung von unten nach oben. Damit jeder von uns seine Opfer bringt, um dem Wirtschaftsstandort Deutschland wieder auf die Sprünge zu helfen. Doch bringt wirklich jeder seine Opfer?

Die Fakten sprechen nämlich eine ganz andere Sprache. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten? Die Frage ist doch: Wieviel Kapitalismus können wir uns noch leisten? Können wir uns den Sozialstaat der Armen oder das Steuerparadies Deutschland der Reichen nicht mehr leisten? Es ist nicht schlecht bestellt um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vielmehr geht es hier um die Meinungsmache einiger großer Förderer neoliberaler Positionen und einflussreicher Personen und Unternehmen mit eindeutigen wirtschaftlichen Interessen. Professionell ist dabei wie sie ihre Glaubenssätze, Lügen und Mythen, die im Widerspruch zur Realität und zur Erfahrung der Menschen stehen, in den Köpfen vieler Menschen verankert werden sollen. Denn wenn man eine neoliberale Politik, siehe zum Beispiel die derzeitige Reformpolitik, unter die Leute bringen will, dann muss man es schaffen, Wissenschaftler, Medien und Politiker einzuspannen. Und diese Botschaft erscheint umso glaubwürdiger, je unterschiedlicher die Absender sind, je progressiver sie sich darstellen,und je weiter sie als links stehend gelten.

Wir wollen in dieser Rubrik Mythen und Legenden aus dem neoliberalen Einheitsbrei der heutigen Politik aufgreifen und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, die wahren Fakten nennen. Wir laden Sie ein, sich an der Diskussion zu beteiligen, welche Alternativen es zur heutigen neoliberalen Politik gibt.
Und es gibt sie!

DOREEN SOMMER

## Die Anständigen melden sich zu Wort

Fürth, 13.November 2004 – Mit den Worten „Die Anständigen melden sich zu Wort“ reagierte Thomas Händel, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der ***Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit*** (WASG) auf die Äußerungen von Konstantin Wecker und Heiner Geißler. Händel: „Es ist richtig, wenn Konstantin Wecker vor einer ‚drohenden Diktatur des Profits' warnt und Heiner Geißler auf die ‚Alternative einer internationalen sozial-ökologischen Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb' hinweist. Wir begrüßen das Aufbegehren von Personen des öffentlichen Lebens gegen die große Koalition des Neoliberalismus.“ Auch das zunehmende entgegenstellen eines „So nicht!“ von ernstzunehmenden Medien wie „Die Zeit“, der „Tagesspiegel“ oder „Stern“ gegen die Demontage des Sozialstaates sei ein wichtiges Signal.

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten in Deutschland müssten sich vorwerfen lassen, ihr Handeln nur nach Profit auszurichten. Händel: „Wer auf Dauer mit Angriffen den Sozialstaat und tarifrechtliche Standards aushebeln will, nimmt die Radikalisierung der Gesellschaft und die Gefährdung unserer Demokratie billigend in Kauf.“

Daher sei die Entwicklung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für einen radikalen Politikwechsel dringlich geboten. Händel: „Diese Tatsache erachten wir als eine Herausforderung, über eine politische Konfrontation mit dem neoliberalen Elitenkonsens eine politische Alternative zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zu öffnen.“ Eben dies sei in einer Zeit der zunehmenden Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien notwendiger als denn je, so Händel weiter.

MURAT CAKIR


## Impressum
### Zukunft Sozial

**Herausgeber:**
Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit e.V. - Regionalgruppe Allgäu
Postfach 26 48
87416 Kempten

**Redaktion (V.i.S.d.P.):**
Hans-Peter Binder, Fabio Delle Vedove, Joachim Gabriel, Michael Goldberg, Thomas Jaud, Michael Lamprecht, Doreen Sommer

**Layout:**
Fabio Delle Vedove



**Copyright 2004**
Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit e.V. - Regionalgruppe Allgäu

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



**Anschrift der Bundesgeschäftsstelle:**
Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit e.V.
Königswarter Str. 16
90762 Fürth

## Mythos Nr. 1

# Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig?

Spätestens seit der Erstausgabe des Buches »Ist Deutschland noch zu retten?« von Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn weiß es jeder. Deutschland leidet an mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Viele sind auf den Zug der Stimmungsmache gegen den Wirtschaftsstandort Deutschlands aufgesprungen. Die Gründe dafür liegen nach Meinung der Vertreter einer neoliberalen Politik klar auf der Hand. Die Löhne sind zu hoch, ebenso die Lohnnebenkosten. Der Arbeitsmarkt ist zu unflexibel. Deutsche Unternehmen wandern ins Ausland ab. Deutschland ist für ausländische Investitionen zu unattraktiv.

Doch was steckt hinter diesen Behauptungen? Wie sehen die Fakten aus? Herr Sinn musste sich kurz nach Herausgabe der Erstausgabe seines Buches im August 2003 eines besseren belehren lassen. Die Bundesbank stellte in ihrem Monatsbericht des Oktober 2003 auf Seite 21 fest, dass Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre einen kräftigen Anstieg der realen Weltmarktanteile zu verzeichnen hat. Dieser Anstieg setzte sich auch nach Beginn der Währungsunion fort. Im gleichen Monat Oktober meldete die OECD, dass Deutschland 2003 auch in absoluten Zahlen Exportweltmeister werde. Aber auch im Jahre 2004 geht diese Stimmungsmache weiter mit wiederholten Klagen über den fallenden Weltmarktanteil Deutschlands. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun forderte seine Unternehmerkollegen sogar auf, Arbeitsplätze in die mittel- und osteuropäischen Länder zu verlagern. Herr Stoiber brachte es mit der frei erfundenen Aussage auf den Punkt, dass jeden Monat 50.000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagert würden.

Doch ganz im Gegensatz dazu wird Deutschland für ausländische Investoren immer interessanter. Im Jahre 2002 rückte die Bundesrepublik auf Platz 4 der Weltrangliste der Länder mit dem größten Import von Kapital. Der Weltinvestionsbericht der Vereinten Nationen 2003 besagt, dass internationale Konzerne nur in Luxemburg, China und Frankreich mehr Kapital investierten als in Deutschland. Die USA und Großbritannien liegen deutlich dahinter. Der Grund dafür könnte sein, dass der nominale Satz für die Körperschaftssteuer in Deutschland zwar bei 38 % liegt, die effektive Steuerbelastung durch die Körperschaftssteuer aber nur bei durchschnittlich 21 %, bedingt durch die vielen Abschreibungsmöglichkeiten. Es zeigt sich ganz deutlich, dass sich die Stimmungsmacher der neoliberalen Politik auf verzerrte und oft falsche Statistiken und Zahlen berufen.

Rund 10 % aller weltweiten Exporte werden von Deutschland geleistet, bei gerade mal 1,2 % Weltbevölkerungsanteil. Deutschlands Weltmarktanteil lag 2002 mit 9,9 % knapp unter dem der USA mit 10,6 % und 2003 mit ca. 10,2 % sogar über dem der USA mit 9,9 %. Deutschland und die USA wechseln sich seit gut 20 Jahren in der Führungsposition ab. Im Gegensatz zur USA ist der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands überragend positiv. Die Frage ist: Wo bleibt das erwirtschaftete Geld und wem kommt es zu Gute? Auch im Handel mit den neuen EU-Mitgliedern, die so oft in der neoliberalen Politik als besondere Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort dargestellt werden, liegen wir vorn. Unsere Ausfuhren in diese Länder übersteigen die Einfuhren aus diesen Ländern. Auch hier stellt sich die Frage: Wer profitiert davon? Das durch Exportüberschüsse erwirtschaftete Geld kommt nur einigen wenigen zu Gute und nicht denen, die diese Exporte mit ihrer Arbeit erwirtschaften.Oftmals bleiben diese Gewinne gar nicht in den Unternehmen. Vor einigen Jahren noch genügten den Unternehmen Renditen von 2 bis 5 %. Mittlerweile werden weltweit Renditen in zweistelliger Höhe angestrebt. Das geben zum Beispiel amerikanische Börsengurus für Unternehmen vor, die an der Börse Erfolg haben wollen. Auch in Deutschland gibt es mehrere Beispiele, dass interessierte Investoren vor dem Einstieg in Unternehmen garantierte Renditen von 25 % gefordert haben. Doch welche Folgen haben diese Forderungen? Jedes Mittel ist heutzutage recht, um diese Renditen zu erreichen. Wir sehen was mit Opel passiert. Wir erleben immer wieder, dass Konzerne ihre Filialen schließen, obwohl sie schwarze Zahlen schreiben. Und das nur damit der Gesamtkonzern seine Renditeziele erreicht. Kennen Sie den Ort Plüttlingen? Dort schloss Mannesmann vor Jahren ein Röhrenwerk, das schwarze Zahlen schrieb, und setzte 600 Menschen auf die Strasse. Jetzt machte der Konzern SKF mit 320 Beschäftigen dicht – auch dieses Werk schrieb schwarze Zahlen. Der Bürgermeister von Plüttlingen ist fassungslos: „Eigentum verpflichtet. Da sollte man auch mal an die Menschen denken, die hier seit fast 45 Jahren arbeiten".Das sind die Menschen, die über lange Jahre den Gewinn erwirtschaftet haben und die jetzt vor dem sozialen Aus stehen, ohne Aussicht auf neue Arbeitsplätze. Und denen möchte ein Herr Sinn dann auch noch weiss machen, dass Ihre Arbeitslosigkeit selbstverschuldet sei. Sie bräuchten Ihre Arbeitskraft ja nur preiswerter anzubieten. Da ist der Eindruck der gegenwärtigen Debatte, als würden die Unternehmer vom Staat regelrecht ausgebeutet und die Arbeitnehmer viel zu pfleglich behandelt. Das ist einfach nur demütigend für jeden, der abhängig beschäftigt ist.

DOREEN SOMMER

Quellen:
ALBRECHT MÜLLER: *Die Reformlüge.* Droemer-Verlag, München, 2004.

HEBEL, STEFAN und WOLFGANG KESSLER: *Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit* in *Die Irrtümer des Neoliberalismus*, isw report 60. isw -Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., München, 2004.

# Wir sind die Regionalgruppe Allgäu der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit e.V.

Unser bundesweiter politischer Verein ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit e.V.*** (WASG) wurde am 3./4.7.2004 gegründet. Er ging aus den beiden Anfang 2004 aus Protest zur unsozialen Politik der rot-grünen Bundesregierung und der CDU/CSU/FDP-Opposition entstandenen Initiativen "Wahlalternative 2006" und "Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit" hervor. Die WASG kündigte heftigen Widerstand gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung an, und machte in einem ersten Eckpunkteprogramm ihre Gegenpositionen zum neoliberalen Mainstream deutlich. Das Hauptziel des Vereins ist es, die Gründung einer neuen sozialen Partei vorzubereiten.

Bereits am 6.7.2004 trafen sich auf Initiative von Peter Vetter (Bundesvorstandmitglied) in Kempten zahlreiche politisch Enttäuschte, insbesondere aus den Gewerkschaften, um die ***Regionalgruppe Allgäu*** zu konstituieren. Ein provisorischer Vorstand und ein Kernteam übernahmen zunächst die Organistaion der weiteren Aktivitäten. So wurde noch in der selben Woche von Michael Goldberg eine regionale Homepage erstellt. Außerdem wurde eine erste öffentliche Veranstaltung mit dem Ziel vorbereitet, die Protestbewegung hier im Allgäu auf eine breitere Basis zu stellen.

Zur ersten öffentlichen Veranstaltung am 22.7.2004 in Kempten kamen über 70 Menschen. Unter dem Motto "Jetzt reicht`s uns!" hielt das Gründungsmitglied und der Sprecher der neuen WASG Klaus Ernst einen mitreißenden Vortrag. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Schweinfurt vertrat die Positionen: "Wenn es um Arbeit & soziale Gerechtigkeit geht, dann gibt es eine Alternative zur Agenda 2010". Zu den zentralen Forderungen der WASG gehören die vollständige Rücknahme von Hartz IV und die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Sozialstaat muß gesichert und erneuert werden durch Rücknahme von Praxisgebühren, Zuzahlungen und Rentenkürzungen. Die Absicherung der entstehenden Kosten soll durch die Einführung der Bürgerversicherung ermöglicht werden. Eine weitere Forderung "Reichtum besteuern" umfasst die Rücknahme von Gewinnsteuersenkungen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer und ein Spitzensteuersatz von mindestens 47 Prozent. Außerdem sollen Steuerschlupflöcher für Großverdiener sowie für international tätige Unternehmen geschlossen werden. "Wer den Armen etwas geben will, muss den Reichen etwas nehmen und nicht umgekehrt", brachte es Peter Höflinger auf den Punkt.

Am 23.9.2004 wurde auf einer Mitgliederversammlung in Kempten ein ordentlicher Vorstand der Regionalgruppe gewählt, bestehend aus Peter Höflinger (Sprecher), Doreen Sommer (Kassiererin), Hans-Peter Binder (Schriftführer), Fabio Delle Vedove (Beisitzer) und Michael Goldberg (Beisitzer). Zur Unterstützung des Vorstands wurden regionale Vertreter des Allgäus gewählt: Thomas Jaud und Andreas Langbauer (beide Kaufbeuren), Kurt Finger (Pfronten/Füssen), Joachim Gabriel (Mindelheim), Wolfgang Heinrich (Marktoberdorf) und Dietmar Weinberger (Immenstadt). Die Einbeziehung der regionalen Vertreter in den Vorstand gewährleistet die flächendeckende Verankerung unserer Regionalgruppe im gesamten (bayerischen) Allgäu, das die Landkreise Oberallgäu, Unterallgäu, Ostallgäu und Lindau, sowie die kreisfreien Städte Kempten, Memmingen und Kaufbeuren umfaßt. Auch lassen sich hierdurch leichter Transparenz und Kollegialität verwirklichen, was wiederum Voraussetzung dafür ist, daß sich unsere Mitglieder dauerhaft aktiv engagieren.

Im September und Oktober waren wir mit unseren Infoständen in Kaufbeuren, Memmingen und Füssen präsent. Engagierte Mitglieder, Sonne und gute Laune, sowie aufgeschlossene Bürger, die sich mehrheitlich für eine andere Politik interessieren, sorgten für interessante Diskussionen und zeigten, daß eine wählbare alternative Politik und Partei zur Bundestagswahl 2006 wichtiger denn je sind.

Die WASG-Regionalgruppe Allgäu nimmt an den Kemptener Montagsprotesten (Allgäuer Montagsdemos) teil, die seit dem 23.8.2004 bis heute stattfinden. Auf den Großdemos in Berlin und Nürnberg waren wir ebenfalls dabei. Es ist uns wichtig, zu zeigen, daß wir Teil der bundesweiten Protestbewegung gegen sozialen Kahlschlag und für soziale Gerechtigkeit sind.

Auf der Landesmitgliederversammlung in München am 24.10.2004 stellten wir die ***Regionalgruppe Allgäu*** mit einem Infostand vor.

Am 21./22.11.2004 findet in Nürnberg die Bundesdelegiertenkonferenz statt, wo wir mit 3 Delegierten (Michael Goldberg, Joachim Gabriel und Michael Lamprecht) dabei sind. Dort werden die Weichen für die Parteigründung gestellt werden. Noch dieses Jahr sollen alle WASG-Mitglieder über die Parteigründung abstimmen, so daß unsere neue Partei Anfang 2005 formal gegründet werden kann. Wir wollen als neue soziale Partei an der Bundestagswahl 2006 teilnehmen und in den Bundestag einziehen, denn keine der etablierten Parteien vertritt uns "kleine Leute". Dies zeigt sich auch darin, daß die WASG unglaublich viel Zulauf hat. In den vergangenen 5 Monaten traten der WASG in ganz Deutschland über 6000 Menschen bei. Inzwischen gibt es etwa 200 Regionalgruppen.

Das neueste Projekt der Regionalgruppe Allgäu ist diese Zeitung. Mit ihr wollen wir über unsere Aktivitäten berichten und über die politischen Konzepte der ***Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit*** informieren. Außerdem sollen diejenigen zu Wort kommen, die uns politisch nahe stehen, aber von den großen Medien in der Region ignoriert werden.

DOREEN SOMMER &
FABIO DELLE VEDOVE